

# Grünpol

## Nein zur 5. IV-Revision – Nein zur Scheinlösung!



Für uns Grüne ist klar, dass wir diese Revision ablehnen, weil sie voll zulasten von Menschen mit Behinderungen geht. Die finanziellen Probleme der IV werden nicht gelöst und eine echte Integration von Menschen mit Leistungsbeeinträchtigungen findet nicht statt. Im Gegenteil: die Ausgrenzung von kranken Menschen und deren Diffamierung wird angeheizt! Dieser Entwürdigung und Entrechtung der Schwächsten unserer Gesellschaft müssen wir mit einem Nein entgegen-treten

Die vorliegende Revision der IV ist eine Scheinlösung. Mit dem Slogan „Integration vor Rente“, den die Invalidenversicherung übrigens schon 40 Jahre trägt,

hat die bürgerliche Mehrheit eine Revision durchgedrückt, die voll auf Kosten der Behinderten geht. Sie geht weder das Problem der zunehmenden psychischen Erkrankungen in einer stets auf mehr Leistung orientierten Arbeitswelt an, noch die enormen Schulden der Versicherung. Diese Revision erhöht einzig den Druck und das Misstrauen gegenüber kranken und behinderten Menschen.

Mit dieser IV-Revision werden Leistungen von behinderten Menschen (wie die laufende Zusatzrente für Ehegatten, der Rentenzuschlag für junge Behinderte und der Kinderzuschlag auf Taggelder) abgebaut. Auf der anderen Seite fehlt die Verpflichtung für Arbeitgeber vollständig, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das einzige Ziel dieser Revision, der Zugang zu einer Invalidenrente zu erschweren, wird zu einer Verlagerung auf die Sozialhilfe führen. So wird Integration zur Farce und von der bürgerlichen Mehrheit dazu missbraucht, drastisch bei dieser wichtigen Volksversicherung zu sparen. Nicht umsonst hat sich die bürgerliche Mehrheit des Parlaments in der Frühlingssession geweigert, der Bevölkerung einen Finanzierungsplan für die IV unverzüglich vorzulegen.

Ein Nein macht den Weg frei zu einer fairen Lösung: die Zusatzfinanzierung und der Schuldenabbau muss an die Hand genommen werden. Alle unsere Sozialversicherungen müssen für echte Integrationshilfen endlich Hand in Hand

arbeiten. Die Wirtschaft muss ihre Verantwortung mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen und Integrationsbemühungen übernehmen und den Behinderten sollte endlich mit einem Assistenzbudget mehr Selbstbestimmung übertragen werden. Diesen Auftrag geben wir Bundesrat und Parlament mit einem Nein zu dieser ungerechten IVG-Scheinlösung!  
*Maya Graf,*  
*Nationalrätin Sissach*

### Abstimmungsparolen 17. Juni 2007

#### Eidgenössische Vorlagen

**Nein** zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG).

#### Kantonale Vorlage

**Stimmfreigabe** zum Landratsbeschluss vom 18.1.2007: Genehmigung des Staatsvertrags zwischen den Kantonen BS und BL betreffend Zusammenlegung der Rheinschiff-fahrts-direktion Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft zu einer Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit unter dem Namen „Schweizerische Rheinhäfen“.

## Grünpol – Vorstellung der Kandidierenden für den Nationalrat



Nationalrätin Maya Graf tritt zusammen mit Rahel Bänziger Keel, Philipp Schoch, Esther Maag, Karl-Heinz Zeller Zanolari, Isaac Reber und Madeleine Göschke-Chiquet zur Wahl an. Foto: E. Gysin

**Rahel Bänziger Keel**, 40 Jahre alt, promovierte Naturwissenschaftlerin im Bereich Zell- und Biochemie. Seit 2004 Einwohnerrätin in Binningen und Mitglied der Bau- und Planungskommission. Wichtige Anliegen sind ihr die Gesundheit (Luft, Wasser und Umwelt), Wissenschaft, Kultur sowie die Sicherheit der Kinder im Strassenverkehr. Rahel Bänziger Keel arbeitet Teilzeit als Forscherin im Bereich der Nanomedizin. Sie ist Mutter von zwei Töchtern im Kindergartenalter.

**Philipp Schoch**, 33 Jahre alt, leitet seit 2002 als Parteipräsident die Grünen Baselland, politisiert als Landrat und ist Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission. Als Vertreter der Grünen im Nationalrat will er die Grundlagen schaffen, damit die Gesellschaft – jede und jeder einzelne – konkret für den Klimaschutz handelt. Konkret heisst das: Anreize schaffen für mehr Investitionen im Bereich von erneuerbaren

Energien, neue Forschungsbereiche für Umwelttechnologien fördern und damit auch den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig stärken.

**Esther Maag**, 44 Jahre alt, arbeitet seit 1996 im Landrat. Zuvor war sie Parteipräsidentin und ist seit Juli 2006 die zweite grüne Vize-Landratspräsidentin im Kanton Baselland. Der nächste Schritt führt sie nach Bern, wo sie als grüne Nationalrätin der Nachhaltigkeit Nachdruck verleihen will. Als Geschäftsleitungsmitglied des Vereins Job Club und als langjährige VCS-Präsidentin widmet sie sich vor allem Verkehrs-, Raumplanungs- und wirtschaftlichen Themen. Esther Maag ist Langstreckenläuferin und hat zwei Adoptivtöchter.

**Karl-Heinz Zeller Zanolari**, 46 Jahre alt, arbeitet seit 15 Jahren als Gemeinderat in Arlesheim (seit drei Jahren als Gemeindepräsident) sowie als Lehrer. Er will mit seinem Engagement für den

Nationalrat seine langjährige Erfahrung als kommunaler Politiker einbringen: Für die Verkehrsplanung, die Bildung und die Sozialpolitik braucht es zum einen nationale, grüne Vorgaben und zum anderen benötigen die Gemeinden mehr Spielraum, damit sie im demokratischen Prozess die Einwohnerinnen und Einwohner mit einbeziehen können. Karl-Heinz Zeller Zanolari ist verheiratet und hat zwei Kinder.

**Maya Graf (bisher)**, 45 Jahre alt, vertritt die Grünen seit 2001 im Parlament in Bern und möchte weiterhin als Nationalrätin dem Baselbiet eine starke grüne Stimme verleihen. Sie engagiert sich für eine intakte Umwelt in allen Bereichen: für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik und für wirksame Klimaschutzmassnahmen. Aber auch Wissenschafts- und Bildungsthemen sind ihr wichtig, da sie in der nationalen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur mitarbeitet. Ausserhalb des Nationalrats engagiert sie sich als Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG), bei Hochstamm Suisse und als Co-Präsidentin des NWA. Maya Graf ist ausgebildete Sozialarbeiterin HFS, verheiratet und hat zwei Kinder. Zusammen mit ihrer Familie bewirtschaftet sie als Hofgemeinschaft einen Bio-Bauernbetrieb in Sissach.

**Isaac Reber**, 45 Jahre alt, war sechs Jahre Gemeinderat in Sissach, bevor er 2001 in den Landrat kam. Dort ist er Mitglied der Bau- und Planungskommission und engagiert sich abseits des klassischen Links-Rechts-Schemas für eine innovative, zukunftsorientierte Politik. Seine wichtigsten Leitplanken sind dabei die Sorge zu unserer Umwelt und unseren Ressourcen sowie das Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Isaac Reber ist

dipl. Geograph und Raumplaner ETH/NDS/SIA, er arbeitet als Geschäftsführer Logis Bâle und ist Vorstandsmitglied „Starke Region“. Er ist Vater zweier Töchter und Teilzeithausmann.

**Madeleine Göschke-Chiquet**, 62 Jahre alt, seit 2001 Landrätin und seit einem Jahr Fraktionspräsidentin der Grünen

Baselland. Sie vertritt die Anliegen der Grünen in der Kommission für Volkswirtschaft und Gesundheit. Als Vizepräsidentin Schutzverbände der Bevölkerung um das AKW Fessenheim und den Flughafen Basel/Mülhausen sowie als Vorstandsmitglied der IG Südfahrt Nein engagiert sie sich für die Stilllegung des AKW Fessenheim, für

Nachtflugsperrung und für einen Aglo-Plan ohne Südumfahrung und mit mehr öffentlichem Verkehr. Madeleine Göschke-Chiquet ist ausgebildete MTA und Kunst- und Maltherapeutin und hat zwei erwachsene Kinder.

## Staatsvertrag zur Zusammenlegung der Rheinhäfen



*Birsfelden, zusammen mit dem Muttenzer Auhafen Baselbieter Teil der geplanten Fusion.*

**Die Parolenfassung zu der Referendumsabstimmung über den Staatsvertrag zur Zusammenlegung der Rheinhäfen ist den Grünen nicht leicht gefallen. Warum dies?**

Die Grünen freuen sich grundsätzlich sehr über die bevorstehende Zusammenlegung der beiden Rheinhäfen. Eine vermehrte Zusammenarbeit mit Basel und der Region sowie auch grenzüberschreitend ist den Grünen seit langem ein wichtiges Anliegen. Dies gilt nicht

zuletzt auch für die Rheinhäfen, wo die Grünen in der Vernehmlassung sogar eine Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg mit Deutschland und Frankreich gefordert haben.

Der vorliegende Staatsvertrag schafft aber keinen guten Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen. Die Grüne Landratsfraktion hat deshalb erfolglos die Rückweisung zwecks Verbesserung noch im laufenden Jahr beantragt. Der Vertrag will das

gesamte heutige Hafengebiet in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft unentgeltlich und als dauerndes Baurecht der neu gegründeten Gesellschaft „Schweizer Rheinhäfen“ überlassen. An beiden Standorten sind brach liegende sowie von hafenfremden Betrieben genutzte Gebiete anzutreffen. Die Umnutzung von Arealen für die Stadtentwicklung von Basel beziehungsweise für die kommunale Siedlungsentwicklung in Birsfelden wird leider nicht thematisiert. Dabei sind Teile des Hafengebietes die einzigen Baulandreserven von Birsfelden. Vor der Vertragsunterzeichnung hätte der mittel- bis langfristige Flächenbedarf der Rheinschifffahrt im Hafengebiet abgeklärt werden müssen. Wird das Hafengebiet inklusive Infrastrukturen der neuen Gesellschaft unentgeltlich überlassen, entstehen keinerlei Anreize für einen haushälterischen Umgang mit dem Areal. Das Interesse der Gesellschaft, Flächen abzutreten, wird sehr gering sein und die Einflussnahme durch den Kanton wird stark eingeschränkt.

Die Grünen begrüßen die Zusammenlegung der Rheinhäfen und befürworten den ökologischen Gütertransport auf der Wasserstrasse. Gleichzeitig bedauern wir sehr, dass der Vertrag nicht mehr Spielraum für die Zukunft offen lässt und haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

*Madeleine Göschke-Chiquet, Landrätin Oberwil*

# Initiative für eine menschenfreundlichere Mobilität



**Die Aktionen der Jungen Grünen gegen Offroader als Lifestyle-Fahrzeuge haben klein begonnen. Vor etwa anderthalb Jahren starteten wir damit, Kleber auf die Strassenpanzer anzubringen und erhielten damit grosse mediale Aufmerksamkeit.**

Am 27. Februar lancierten wir nun das erste Junge Grüne Grossprojekt - eine nationale Volksinitiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge. Die Initiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge ist ein griffiges Instrument gegen die insbesondere für schwächere Verkehrsteilnehmer sehr gefährliche Aufrüstung auf der Strasse. Ausserdem fördert sie die Klimafreundlichkeit der Schweizer Autos. Die Initiative will, dass Personenwagen, welche mehr als 250 g CO<sub>2</sub>/km ausstossen, künftig nicht mehr für den Strassenverkehr zugelassen werden. Zusätzlich führt die Initiative die Partikelfilterpflicht für Diesel-Personenwagen ein und setzt ein neues Höchstgewicht von 2.2 Tonnen für die Klasse der Personenwagen. Fahrzeuge, welche die oben genannten Limitierungen nicht einhalten aber bereits zugelassen sind, dürften nach Inkrafttreten der

Bestimmungen nicht schneller als 100 km/h fahren. Die Initiative würde Fahrzeuge verbieten, welche Verkehrsteilnehmer wie Fussgänger und Velofahrer übermässig gefährden (konkret: Fahrzeuge mit gefährlich hoher Frontpartie oder Frontschutzbügel). Für Berufsgruppen und Menschen, wie Förster oder Bauern, welche auf ein solches Fahrzeug angewiesen sind, besteht die Möglichkeit mittels Bedarfsnachweis ein solches Fahrzeug zu erwerben. Um das Sammelziel von 120'000 Unterschriften so schnell als möglich zu erreichen, brauchen wir Ihren Sammelbeitrag! Helfen Sie mit beim Klimaschutz und sammeln Sie so viele Unterschriften wie möglich - ein Unterschriftenbogen liegt dem Grünpol bei. Weitere Informationen zur Initiative sowie Sammelevents siehe unter: [www.menschenfreundlicher.ch](http://www.menschenfreundlicher.ch)

*Simon Trinkler,  
Junge Grüne Nordwest und neu gewählte Landrat Grüne Baselland, Allschwil*

## Postkartenaktion zur Totalsanierung der Chemiemülldeponien

In der Region Basel gibt es rund ein Dutzend ungesicherte Chemiemülldeponien der Basler chemischen Industrie mit mindestens 160'000 Tonnen Giftmüll. Die Deponien laufen aus, verschmutzen das Grundwasser und gefährden das Trinkwasser.

Verschiedene Organisationen, (u.a.

Greenpeace, «Chemiemüll weg», «Forum besorgter Trinkwasserkonsument/innen») setzen sich seit Jahren für eine Totalsanierung dieser Deponien ein. Auch die Grünen Baselland haben mit verschiedenen Vorstössen beim Kanton und beim Bund auf dieses Problem aufmerksam gemacht und die Totalsanierung der Deponien gefordert - bisher ohne Erfolg.

Als Beilage in diesem Grünpol

finden Sie eine Postkarte an den zukünftigen Vorsteher der Bau- und Umweltschutzdirektion Jörg Krähenbühl. Er hat sich in einem Interview mit der Basler Zeitung für die Totalsanierung ausgesprochen. Erinnern Sie ihn an seine Aussage und unterstützen Sie ihn in seiner guten Absicht, indem Sie die Postkarte unterschreiben und in den nächsten Briefkasten werfen. Merci!